

Motion Luzius Theiler (GaP): Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes STEK 2016 auf Grund von aktuellen ökologischen und finanzpolitischen Überlegungen

Sehr treffend hat es der verstorbene Stadtpräsident Alexander Tschäppät formuliert: «140'000 Einwohner ist ein Ziel, das wir nicht überschreiten sollten. Sonst geht das Wachstum unter anderem auf Kosten der Naherholungsgebiete». («Bund», 4. Mai 2012).

Leider hat der Gemeinderat noch zu Lebzeiten des früheren Stadtpräsidenten im Alleingang ohne demokratische Legitimation durch Stadtrat und Volk ein Wachstumsziel von 12% für die Bevölkerung und von 8.5% für die Arbeitsplätze festgelegt. Bis 2030 soll die Stadt auf 157'000 Einwohnerinnen wachsen und über 200'000 Arbeitsplätze verfügen. Diese Ziele können nur auf Kosten der für die Lebensqualität und die Biodiversität wichtigen noch un bebauten Grün- und Erholungsflächen erreicht werden.

Die forcierte Wachstumspolitik der Stadt Bern, wie sie im STEK 2016 vorgezeichnet ist, bringt auch finanzpolitisch nicht die erwarteten Resultate und ist mit ihren negativen ökologischen Auswirkungen nicht mehr zu verantworten. Umliegende Gemeinden wie Ostermundigen und Köniz mussten wegen ihrer Wachstumspolitik die Steuern erhöhen und/oder Dienstleistungen abbauen.

Der nun bekannt gewordene «Einbruch» der Gewinnsteuern von juristischen Personen um rund einen Viertel weist darauf hin, dass die in den letzten Jahren mit grossen Vorleistungen unterstützte Politik der Ansiedlung von Grossunternehmen, hauptsächlich aus der Medizinal- und Biotechbranche, finanzmässig keinen Erfolg bringt. Die national und international tätigen Unternehmen können ihre Gewinne in eine steuergünstigere Gemeinde oder Region jonglieren, während die Kosten für die Infrastrukturen bei den Berner Steuerzahlenden verbleiben. Die in diesem Jahr in Kraft getretene eidg. Unternehmungssteuergesetzgebung (STAF) und die kantonale Anschlussgesetzgebung werden diese für die Stadtfinanzen ungünstige Entwicklung fortsetzen. Bern muss auf KMU setzen!

Es gibt eine Grenze, wo ein zusätzliches forciertes Wachstum keinen Sinn mehr macht. Gehen wir über unser natürliches Wachstum hinaus, nehmen wir anderen Leuten Einwohner und Ressourcen weg. Andere Orte werden dann kleiner, Städte und Gebiete im ländlichen Raum verlieren ihre Bevölkerung, Schulhäuser werden geschlossen und Spitäler sind bedroht. Als Zentrum einer «Hauptstadtregion» vom Wallis bis zum Jura trägt die Bundesstadt auch für den ländlichen Raum Verantwortung.

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Kreditvorlage zur Überarbeitung des STEK 2016 mit folgenden Zielsetzungen zu unterbreiten:

1. Revidierung des STEK-Wachstumsziels von 12% Bevölkerungszunahme auf ein stadtverträgliches Mass unter tatsächlicher Mitwirkung der Bevölkerung.
2. Verzicht auf neue Grossüberbauungen auf Kulturland.
3. Keine Beeinträchtigungen des Stadtbildes.
4. Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen.
5. Erhaltung der Grün- und Erholungsgebiete.
6. Beschränkung der Wirtschaftsförderung in erster Linie auf die Unterstützung von KMUs.

Bern, 30. Januar 2020

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Zora Schneider, Tabea Rai, Eva Gammenthaler, Thomas Glauser, Alexander Feuz, Michael Burkard, Peter Ammann, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat will, dass Bern eine grüne Wohn- und Arbeitsstadt bleibt. Unter diesen Leitsatz und die Prämisse der ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit hat er das Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 gestellt.

Das STEK ist vor dem Hintergrund des Raumplanungsgesetzes entstanden. Das teilrevidierte Raumplanungsgesetz (RPG; SR 700) sowie die revidierte Raumplanungsverordnung (RPV; SR 700.1), die am 1. Mai 2014 in Kraft getreten sind, liefern Antworten für einen sorgsam Umgang mit dem Boden, die massvolle Festlegung von Bauzonen und die Förderung kompakter Siedlungen. Hauptziel der Raumplanung in der Schweiz ist, die Siedlungsentwicklung nach innen zu fördern und zu lenken. Damit soll der Verschleiss von Kulturland eingedämmt und hohe Kosten für die Erschliessung mit Strassen, Strom und Wasser vermieden werden.

Und genau an dieser Stelle ermöglichen Städte den Menschen dank gutem Erschliessungsnetz des öffentlichen Verkehrs und kurzen Wegen ein ökologisch nachhaltiges Mobilitätsverhalten. Zudem generieren Verdichtungen in Zentren tiefere Infrastrukturkosten als Siedlungserweiterungen ausserhalb der Zentren. Diese Infrastrukturen beziehen sich über den Verkehr hinaus auf unterschiedlichste Bereiche: Gesundheit, Kultur, Gewerbe, Dienstleistungen, Ausbildung, Sport, Freizeit etc. Dementsprechend ist die Stadt Bern, wie viele andere Städte auch, prädestiniert für die Aufnahme des weiteren Bevölkerungswachstums. Der Gemeinderat will seine Verantwortung wahrnehmen und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Schweiz und der Hauptstadtregion leisten. Als Grundlage für die Entwicklung der Stadt Bern hat er mit der Unterstützung des Stadtrats deshalb das STEK erarbeiten lassen, das sich auf die Gesetze, Konzepte und Strategien des Bundes, des Kantons und der Region Bern abstützt.

Drei Handlungsschwerpunkte im STEK 2016 zeigen auf, wie sich Bern bis zum Jahr 2030 entwickeln soll – nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ:

- Bern wächst dynamisch: Bern will dynamisch wachsen, primär über Verdichtung nach innen. Zudem soll die Planung einer angemessenen Stadterweiterung zusammen mit den Nachbargemeinden geprüft werden. Für das geplante Wachstum werden die notwendigen Infrastrukturen geschaffen oder weiterentwickelt, um dieses nachhaltig zu gestalten.
- Bern ist grün und vernetzt: Das Freiraumpotenzial soll stärker genutzt sowie Grünräume erhalten und weiterentwickelt werden. Stadtraumprägende Strassen sollen weiterentwickelt und hochwertig gestaltet werden. Angestrebt wird eine stadtverträgliche und langfristig klimaneutrale Mobilität. Der Verkehr soll zugunsten des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs umgelagert werden.
- Bern lebt in Quartieren: Bern lebt von der Qualität seiner Quartiere. Das STEK will die Quartierqualität und -identität individuell stärken und für eine funktionierende Quartiersversorgung sorgen. Plätze und Quartierzentren sollen punktuell aufgewertet werden. Die Verbindungen in den Quartieren sowie untereinander werden weiter verbessert. Zudem will das STEK die Erreichbarkeit der wichtigsten Versorgungseinrichtungen innerhalb der Quartiere optimieren.

Das STEK umfasst also weit mehr als nur Wachstumsziele. Die Erhaltung der hohen Lebensqualität in der Stadt Bern steht im Zentrum des Konzepts. Und dies im Kontext knapper werdender Ressourcen und zahlreicher Herausforderungen (ökologisch, ökonomisch, sozial, kulturell). Das Konzept dient dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung als Führungs- und Koordinationsinstrument zur räumlichen Stadtentwicklung und hat sich in den letzten Jahren bestens bewährt.

Zahlreiche der im STEK vorgesehenen Massnahmen sind bereits oder werden im Moment umgesetzt. Der Gemeinderat hat im März 2018 das Freiraumkonzept verabschiedet und im Oktober

2018 die Wohnstrategie genehmigt. Die Planung des neuen Stadtteilparks im Viererfeld läuft. Stadtentwicklung in Bern soll nie nur quantitativ erfolgen, sondern immer eine qualitative Aufwertung für die Menschen mit sich bringen. So wird beispielsweise mit der Chantierplanung Bethlehem West die Qualität der öffentlichen Räume erhöht und ein Beitrag zur Erfüllung der Mobilitätsziele des STEK geleistet. Auch bei der Richtplanung zum Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen ist die Siedlungsqualität ein wichtiges Thema. Aus einem Zwischenraum soll durch qualitätsvolle Innenentwicklung ein Stück Stadt entstehen.

Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die quantitativen Ziele hochgesteckt sind und dass deren Erreichung unter anderem von äusseren Faktoren abhängig sind, die die Stadt nicht selber steuern kann. Ob die Wachstumsziele des STEK bis 2030 erreichbar sind, kann momentan nicht beantwortet werden. Mit dem STEK liegt dem Gemeinderat jedoch ein Instrument vor, das in erster Linie den Nachweis erbringt, auf welche Art und Weise dieses Wachstum – quantitativ und qualitativ – in der Stadt Bern räumlich aufgenommen werden kann. Darüber hinaus ist das STEK ein dynamisches Instrument, das laufend auf neue Erkenntnisse und Positionen reagieren kann und auch aktuell reagiert. Es ist selbst dann eine zweckmässige Grundlage für die weitere Entwicklung der Stadt Bern, wenn die anvisierten Wachstumsziele nicht oder zu einem viel späteren Zeitpunkt erreichbar sein sollten.

Selbst im Ausnahmezustand der Covid-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Stadt mit den im STEK formulierten Absichten auf dem richtigen Weg ist. Dem Leben in Quartieren mit einer hohen Lebensqualität und kurzen Wegen zwischen der Arbeit, dem Einkauf und Wohnen sowie tragfähigen Nachbarschaften kommt in herausfordernden Zeiten eine noch grössere Bedeutung zu. An Bedeutung gewonnen haben auch attraktive Wege für den Fuss- und Veloverkehr.

Der Gemeinderat sieht angesichts dieser übergeordneten Überlegungen keinen Grund für eine Überarbeitung des STEK 2016. Er will die bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen vielmehr für die bedarfsgerechte, effiziente und nachhaltige Umsetzung des Konzepts in konkreten Planungen einsetzen. Dementsprechend bedarf es auch keines Kreditantrags für eine Revision des STEK. Das STEK ist nach wie vor aktuell und eine gute Grundlage für die Entwicklungsplanung der Stadt Bern. Der Gemeinderat lehnt die vorliegende Motion deshalb ab.

Zu den Zielsetzungen:

1. Bevölkerungszunahme

Das im STEK anvisierte Ziel einer Bevölkerungszunahme von 12 Prozent bis zum Jahr 2030 stimmt mit den Zielen des Kantons und der Region Bern überein. Der Kanton Bern strebt gemäss kantonalem Richtplan 2030 ein Wachstum der Bevölkerung und der Beschäftigten an, das konzentriert erfolgen soll – vorab in den Zentren und auf den Entwicklungsachsen. In den Zentren der 1. und 2. Stufe (Bern, Biel und Thun) soll die Bevölkerung bis zum Jahr 2030 um 12 Prozent wachsen.

Die Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) schätzt das Bevölkerungswachstum für die Stadt Bern im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK Bern-Mittelland bis 2030 ebenfalls auf 12 Prozent. Die RKBM will das Siedlungswachstum konsequent nach innen lenken, an zentrale, gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossene Standorte; das Wachstum soll möglichst im bestehenden Siedlungsgebiet erfolgen. Das Arbeitsplatzwachstum soll sich im urbanen Kerngebiet mit 8 Prozent etwas verlangsamen, um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Wohnbevölkerung zu erreichen.

Das STEK wurde in einem umfassenden partizipativen Prozess über drei Jahre erarbeitet. An drei Forums-Veranstaltungen haben sich Interessensvertreterinnen und -vertreter aus Politik, Wirt-

schaft, Quartierbevölkerung und Verwaltung inhaltlich intensiv beteiligt. Vom 25. August bis 27. Oktober 2016 konnten sich alle Interessierten in der öffentlichen Mitwirkung zum STEK einbringen. Die Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung sind in einem Mitwirkungsbericht dokumentiert. Dieser Bericht wird auch bei der Umsetzung der Massnahmen des STEK berücksichtigt.

Das beabsichtigte Bevölkerungswachstum wurde in der öffentlichen Mitwirkung mehrheitlich unterstützt. Das angestrebte Arbeitsplatzwachstum wurde von einigen Eingebenden als zu niedrig, von anderen als zu hoch beurteilt.

Ein Blick auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen der Stadt Bern zeigt, dass die im STEK angestrebte Bevölkerungszahl von rund 157 000 Personen für Bern nicht neu ist. Schon in den 1970er Jahren lebten hier rund 157 000 Personen. Im Jahr 1965 lebten in der Stadt Bern sogar rund 165 000 Menschen. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass es mit sorgfältigen und ganzheitlichen Planungen möglich ist, Wohn- und Lebensraum für ein nachhaltiges und stadtverträgliches Leben von rund 157 000 Menschen bereitzustellen.

2. Grossüberbauungen auf Kulturland

Analog zu den Zielen von Bund, Kanton und Region Bern soll die Siedlungsentwicklung in der Stadt Bern in erster Linie durch Verdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet erreicht werden. Die im STEK aufgeführte Evaluierung von Stadterweiterungen hat für den Gemeinderat zweite Priorität und wird langfristig betrachtet. Eine Stadterweiterung Berns über die heutigen Grenzen des Stadtkörpers hinaus kommt nur dort in Frage, wo sie den Gesamttraum baulich, gestalterisch und funktional stärkt und aufwertet.

3. Stadtbild

Dem Stadtbild und der städtebaulichen Integration von Bauvorhaben in das bestehende Gefüge wird im Rahmen des STEK 2016 höchste Priorität eingeräumt. Doch muss sich eine Stadt auch verändern können, um lebendig zu bleiben und neuen Anforderungen gerecht zu werden. Ziel ist, dass jede einzelne räumliche Massnahme – bis hin zur Stadtreparatur – zu einer höheren Gesamtqualität für die Menschen beiträgt.

4. Gleichgewicht zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen

Die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen ist auch für den Gemeinderat von grosser Bedeutung. Die Förderung der Wohnstadt Bern bildet seit rund 20 Jahren einen Schwerpunkt der Politik der Stadt Bern und der gemeinderätlichen Legislaturziele. Die Differenz zwischen Arbeitsplatz- und Bevölkerungszahl soll durch Anhebung der Bevölkerungszahl ausgeglichen werden. Das STEK sieht deshalb im Bereich der Bevölkerung ein stärkeres Wachstum vor als bei den Arbeitsplätzen.

5. Erhaltung der Grün- und Erholungsgebiete

Die Erhaltung und Neuschaffung von Grün- und Erholungsgebieten ist für den Gemeinderat ebenfalls ein zentrales Anliegen. Diesem Anliegen ist im STEK deshalb ein eigenes Kapitel gewidmet. Die wachsende Stadt – bzw. die Siedlungsentwicklung nach innen – kann nur mit einem aus den freiräumlichen Qualitäten heraus entwickelten Städtebau gelingen. Aus diesem Grund ist im STEK 2016 festgeschrieben, dass die bestehenden Grün- und Erholungsgebiete im gesamten Stadtgebiet erhalten und, wo sinnvoll und möglich, für vielfältige Nutzungen noch attraktiver gestaltet werden sollen. In Stadtteilen mit einem Freiraumdefizit werden wo möglich Grün- und Erholungsgebiete sowie Plätze aufgewertet oder sogar neue geschaffen (z. B. Stadtteilpark Viererfeld, Stadtteilpark Mutachstrasse, Frei- und Grünräume im ESP Ausserholligen und ESP Wankdorf). Die Freirauminfrastrukturen tragen wesentlich zur Wohn- und Erholungsqualität bei. Im Kontext der Klimaentwicklung müssen diese in Zukunft noch ganzheitlicher betrachtet und in Systemen wie Wasser- und Stoffkreisläufen weiterentwickelt werden.

6. Unterstützung von KMUs

Der Gemeinderat setzt auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Er ist der Auffassung, dass die Vielfalt einer Stadt unter anderem aus ihrer Nutzungsdurchmischung resultiert: Standorte für Produktion, Lager-, Transport- und Depotanlagen in Bern sind Voraussetzung für eine nachhaltig funktionierende Wirtschaft und Nahversorgung inklusive der «gelebten Stadt der kurzen Wege».

Aus diesem Grund nimmt sich der Gemeinderat der gezielten Förderung der KMU an. Um attraktive Gewerbe- und Industriestandorte nachhaltig zu sichern und konkret die Rolle der KMU zu stärken, hat er als prioritäre STEK-Massnahme die Strategie «Zukunft Werkplatz Bern» in Auftrag gegeben. Darin sollen die aktuelle Situation des Gewerbes in der Stadt und Wirtschaftsregion Bern aufgezeigt, die Bedürfnisse der Unternehmen aufgenommen und allenfalls konkrete Ziele und Massnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern abgeleitet werden. Der Gemeinderat wird die Erkenntnisse aus der Strategie «Zukunft Werkplatz Bern» voraussichtlich im Herbst 2020 kommunizieren.

Folgen für das Personal und Finanzen

Eine Annahme der Motion hätte weitreichende Folgen für die Finanzen der Stadt Bern. Nebst den anfallenden Kosten für eine Gesamtrevision des STEK müssten allenfalls zahlreiche Planungsvorhaben sistiert und neu aufgestellt werden, die sich an den Zielen des STEK 2016 orientieren.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 24. Juni 2020

Der Gemeinderat